



## Erklärung der IG Metall anlässlich des 20. Jahrestages der politischen Wende in Ostdeutschland



**Die soziale Einheit schaffen!**

## **Impressum**

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler  
v.i.S.d.P.: Martin Allespach

Redaktion:  
Funktionsbereich Gesellschaftspolitik und Grundsatzfragen (verantwortl.),  
Funktionsbereich Koordination der Vorstandsaufgaben, Berliner Büro,  
Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, Bezirk Frankfurt,  
Bezirk Küste, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Gestaltung: WAHLE & WOLF, 56479 Elsoff  
Titelfoto: transit Berlin  
Druck: ???

November 2009

# 20

# Jahre

**Die soziale Einheit schaffen!**

# nach der

# Wende

**Erklärung der IG Metall**

**anlässlich des 20. Jahrestages der politischen Wende**

**in Ostdeutschland**

## I. Wendezeiten – Ruf nach Demokratie

### ***Der politische Aufbruch im Herbst 1989 markiert eine friedliche Revolution für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte.***

Zwanzig Jahre danach befinden wir uns wieder in einem Umbruch. Ob es auch ein Wendepunkt wird, muss sich noch zeigen. Die Politik und die Ökonomie müssen neu ausgerichtet werden. Die Vorherrschaft der Finanzmärkte, die Gier nach kurzfristigen, immer höheren Renditen muss durch eine neue Politik einer sozial und ökologisch verträglichen Wirtschaftsweise abgelöst werden. Auch heute gilt: Diese Richtungsänderung kommt nicht von allein. Ohne demokratische Bewegung wird es keine Neuausrichtung der überlebten politischen und ökonomischen Logik geben.

In den neuen Bundesländern wurde viel erreicht, aber die Bilanz der letzten zwanzig Jahre fällt trotzdem zwiespältig aus. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich ist groß. Vielen Menschen geht es materiell besser als 1989, viele sind aber auch unverschuldet in die soziale Falle Arbeitslosigkeit und Hartz IV geraten. Trotzdem ist festzustellen: Die Umwelt hat profitiert. Die Infrastruktur ist nicht zu vergleichen mit dem Stand der Wendezeit. Die Industrie ist nach einem dramatischen Absturz wieder erheblich gewachsen. Auf der anderen Seite wurden für Millionen von Menschen Lebensperspektiven zerstört. Langanhaltende Arbeitslosigkeit und die Abhängigkeit von Sozialleistungen sind in vielen Regionen immer noch doppelt so hoch wie im Westen Deutschlands. Wir beobachten krasse Unterschiede zwischen Erfolg und Frustration, zwischen echten Wachstumszentren und einer großen Zahl zurück bleibender Regionen. Und: Es gibt zum Teil eine erhebliche Enttäuschung über das politische System der Bundesrepublik.

Die IG Metall steht seit 1989 für eine Aufbau-Ost-Politik der Solidarität. Dafür sind tausende Metaller, Betriebsräte und

Vertrauensleute auf die Straße gegangen, um für eine gerechte Zukunft zu kämpfen. Sie haben sich in Ostdeutschland seitdem mit aller Kraft für Demokratie, für wirtschaftlichen Erfolg und für soziale Gerechtigkeit engagiert. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen haben sich eingereiht, als es darum ging, die Organisation neu aufzubauen.

Auch heute steht die IG Metall für den Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse, für Demokratie in den Betrieben und in der Gesellschaft ein. Zwanzig Jahre nach der »Wende« sind uns Anlass, zurückzublicken und aktuelle Forderungen zu formulieren.

#### ■ **Das Wendejahr 1989 / 1990**

Die politische Wende in Osteuropa fiel nicht vom Himmel, sondern sie wurde von den Menschen erkämpft. Das alte Herrschaftssystem war wirtschaftlich und moralisch bankrott. Der Wandel in der Sowjetunion nahm ihm auch die politische Machtgrundlage. Der Druck des Volkes auf die alte Führung im Jahr 1989 war so groß, dass der Einsatz von Militär und Waffengewalt verhindert und ein Blutvergießen vermieden werden konnte.

Überall – in den Betrieben, in den Universitäten, in den Medien – wurden alte Strukturen in Frage gestellt, Verantwortliche davongejagt. Dies galt auch für die Gewerkschaften. Der FDGB hatte genau wie die SED sein Vertrauen bei den Beschäftigten in der DDR verspielt.

In seiner Funktion als Erfüllungsgehilfe der SED hatte er die Partei höher gestellt als die Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten.

Neue Interessenvertreter wurden gewählt, neue Parteien entstanden. Eine kurze Zeit lang mussten sich sogar die Geschäftsführer der Betriebe einem demokratischen Forum stellen, wo über Vertrauensentzug und Neuwahl durch die Belegschaften entschieden wurde. Das Wort »Demokratie« wurde plötzlich mit Leben gefüllt.

Die Menschen wollten Freiheit: Ein selbstbestimmtes Leben führen ohne Bevormundung, sich überall informieren und ohne Angst kritisch äußern können, sich für die eigenen Interessen ungehindert zusammenschließen dürfen und auch die Möglichkeit, frei zu reisen. Dieser Freiheitsgewinn war enorm. Freiheit erfordert aber auch materielle Sicherheit und Planbarkeit des Lebens. Diese notwendige Voraussetzung von Freiheit sollte sich als problematisch erweisen.

Die »Wende« und der Wechsel in eine neue gesellschaftliche und ökonomische Ordnung waren mit großen Erwartungen verknüpft. Die Menschen in der DDR wollten mitbestimmen statt über sich bestimmen zu lassen. Sie wollten auch denselben Wohlstand wie die Westdeutschen.

Nach der langen Zeit der Unzufriedenheit war die Begeisterung über den eigenen Erfolg und für die Idee einer demokratischen Gesellschaft, in der man mitentscheiden kann, riesengroß. Für einen kurzen Moment schien ein neuer Weg möglich: Weg vom Staatssozialismus der DDR, aber auch nicht hin zum bloßen Anschluss an das politische und wirtschaftliche System der BRD.

Dieser Moment des Aufbruchs, insbesondere in den Basisgruppen und der Bürgerbewegung, dauerte nur Wochen, dann war er durch die Entwicklung überholt. Der deutlich höhere Wohlstand im Westen zog an. Die Abstimmung mit den Füßen, vom Westen gefördert, sowie die Schwäche der

ostdeutschen Wirtschaft und der Einbruch der alten DDR-Exportmärkte waren eine allein nicht zu bewältigende Hypothek, abgesehen von der international instabilen Lage.

Im Jahr 1990 wurden Weichen gestellt. An dem überwölbenden Ziel »Einheit« hat es kaum Zweifel gegeben. Wer sich dagegen stellte, wurde von den Wählern abgestraft. Doch unterhalb des allseits akzeptierten Hauptziels »Einheit« setzte die Bundesregierung unter Helmut Kohl Grundprinzipien durch, die die Handlungsmöglichkeiten späterer Aufbau-Ostpolitik einschränkten und die finanziell einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer in ganz Deutschland gingen:

- Bundesregierung und Bundestag entschieden sich für »Beitritt statt Neubeginn«. Die deutsche Einheit kam über den Grundgesetz-Artikel 23 zustande, nicht über den ebenfalls möglichen und auch von der IG Metall favorisierten Weg des Artikels 146. Dieser hätte einen gleichberechtigteren Zusammenschluss und eine klare Zäsur für alle bedeutet. Stattdessen mussten sich nur die Ostdeutschen dem neuen Staat anpassen. Für die Westdeutschen änderte sich erst einmal nichts. Auch heute noch wäre eine neue gesamtdeutsche Verfassung ein erstrebenswertes Ziel, das der inneren Einheit gut täte.
- Die Übernahme der Rechtsordnung der BRD fand ihren Niederschlag im Alltag jedes einzelnen Menschen in den neuen Bundesländern. Nicht nur die politischen und ökonomischen Strukturen wandelten sich, sondern ebenso die Arbeitsbeziehungen und die rechtliche Situation des einzelnen Arbeitnehmers oder Sozialversicherten.

In einer Phase größter Unsicherheit und Unübersichtlichkeit waren es vor allem die Gewerkschaften aus der

Bundesrepublik, die den Menschen mit Information und Beratung zur Verfügung standen, ihnen bei der Vertretung ihrer Interessen halfen und ihnen Rechtsbeistand gewährten. Hunderte ehrenamtlicher wie hauptamtlicher IG Metall-Kollegen-/innen, aktive wie ehemalige Betriebsräte-/innen haben Beschäftigten aus den neuen Bundesländern die Orientierung im neuen System erleichtert und damit einen wichtigen Beitrag zum friedlichen Verlauf der Transformationsprozesse geleistet.

- Der Umtauschkurs der Währungsunion war für die DDR-Betriebe zu hoch, mehr an Wählerstimmen als an ökonomischer Entwicklung orientiert. Die Modalitäten der Währungsunion waren für die DDR-Betriebe ruinös. Dadurch gerieten sie betriebswirtschaftlich im Sommer 1990 sofort in die Schieflage. Die Währungsunion setzte die ostdeutsche Industrie außerdem über Nacht dem kapitalistischen Weltmarkt aus. Weite Teile der Wirtschaft waren nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Folge waren die höchsten Beschäftigungsverluste aller osteuropäischen Transformationsländer innerhalb der kürzesten Zeit.
- Der Umgang mit Grundeigentum entschied sich an den Vermögensinteressen von Alteigentümern, ohne Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit. Mit dem Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung« wurden den Betrieben nach dem Verlust der Absatzmärkte im Osten und nach dem Kostendruck durch die Währungsumstellung auch noch die wichtigsten Vermögenspositionen aus den Bilanzen genommen. Ihre Schulden dagegen wurden nicht erlassen.
- Staatliche Unternehmensbeteiligungen zur Sicherung industrieller Substanz wurden verworfen. Die Treuhandanstalt wurde einseitig auf schnelle Privatisierung ausgerichtet.

- Entscheidungen für eine gerechte Finanzierung der Einheit wurden nicht getroffen. Bis nach den Bundestagswahlen 1990 behauptete die Bundesregierung, die Kosten der Einheit seien durch wirtschaftliches Wachstum gegen zu finanzieren. Schon Monate später begann die Fehlfinanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherungen. Zusätzlich wurde der Solidaritätszuschlag eingeführt. Im Ergebnis zahlten und zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in West und Ost den Löwenanteil der Kosten der Einheit. Der Netto-Transfer allein in der Arbeitslosenversicherung betrug 2003 neun Milliarden Euro, in der Rentenversicherung 26 Milliarden Euro.

Dieses wirtschaftspolitische Vorgehen hatte zur Folge, dass die Eigeninitiative aus der ostdeutschen Wirtschaft heraus stark blockiert wurde. Eine eigenständige Entwicklung konnte sich nur langsam und begrenzt herausbilden.

Die IG Metall hat frühzeitig und mit aller Kraft für den demokratischen Neubeginn und gegen die drohende Massenarbeitslosigkeit gekämpft. Wir haben Erfolge errungen und Niederlagen einstecken müssen. Vom ersten Tag an ist die IG Metall eine der engagiertesten gesellschaftlichen Organisationen in Ostdeutschland.

- Bereits am 6. Dezember 1989 vereinbarten die Spitzen von IG Metall und der alten IG Metall der DDR ein Sofortprogramm zum Gewerkschaftsaufbau in der DDR. Am 1. Januar 1990 wurde die IG Metall der DDR neugegründet. Dieser Demokratisierungsprozess bewirkte eine Loslösung aus der Umklammerung des FDGB und eine finanzielle und organisatorische Eigenständigkeit – um dann, Monate später, allen Mitgliedern den Eintritt in die nun gesamtdeutsche IG Metall zu empfehlen.

# Jahre

Anders als manche Partei und die meisten Organisationen beschloss die IG Metall einen radikalen Schnitt. Jeder Einzelne konnte sich frei für den Beitritt entscheiden, es gab keine bürokratische Überschreibung von Mitgliederlisten. »Eine IG Metall für Deutschland« hieß die Schlagzeile der »Metall«-Sonderausgabe für die DDR, die am 11. Juni 1990 gemeinsam vom IG Metall-Vorstand und dem Zentralvorstand der IG Metall der DDR herausgegeben wurde. Ab 1. Januar 1991 gab es nur noch eine IG Metall für die BRD. In den neuen Bundesländern hatte sie zu diesem Zeitpunkt 740 000 Mitglieder.

- Die IG Metall begann schon im Juni 1990 die ersten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten in der DDR. Denn ab 1. Juli 1990 warteten mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion steigende Preise auf die Beschäftigten. Mit einer tarifpolitisch historischen Leistung wurde die Arbeitszeit von 43,45 Stunden auf 40,0 Stunden reduziert, der Urlaub, das Einkommen und der Kündigungsschutz bis 30. Juni 1991 geregelt. Der Pilotabschluss wurde im Bezirk Küste erkämpft. Die IG Metall stellte sich der Aufgabe, die Kaufkraft der Beschäftigten im Osten zu sichern und gleichzeitig das Lohngefälle zwischen Ost und West möglichst schnell anzugleichen. Sonst drohten einerseits Billiglohnkonkurrenz im eigenen Land und andererseits Substanzverlust durch die Abwanderung gut qualifizierter Arbeitskräfte in Richtung Westen. Im Ergebnis erreichte die IG Metall Einmalzahlungen von 400 DM, einen Kündigungsschutz sowie die grundsätzliche Übertragung der Tarifverträge zwischen den jeweiligen IG Metall-Partnerbezirken West-Ost. Bereits 1991 wurden in allen ostdeutschen Bezirken die Tarifverträge aus dem Westen übertragen, beginnend mit einem Niveau von 62,5 Prozent des Tarifriveaus West und mit dem Ziel, in drei Jahren auf 100 Prozent zu kommen. 1993 wurden die Verträge von der Arbeitgeberseite rechtswidrig aufgekündigt. Es kam zu Arbeitskämpfen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Der Konflikt endete mit einer Schlichtung zur Änderung des Stufenplans und zur Einführung sogenannte Härtefallklauseln.
- Die IG Metall erarbeitete politische Forderungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Im Juli 1990 forderte sie Strukturkonzepte und Investitionshilfen für die DDR. Die IG Metall plädierte für einen schnellen politischen Zusammenschluss, nachdem die Betriebe mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in große Schwierigkeiten geraten waren. Die Position der IG Metall damals wie heute: »Für Einheit und soziale Sicherheit.«
- Mit Demonstrationen auf der Straße und Forderungen auf Betriebsrätekonferenzen wurde auf den gesellschaftlichen Umbau Einfluss genommen. Zum Beispiel waren die Reaktivierung der Zeiss-Stiftung und das Entstehen von Jenoptik der Erfolg der politischen Arbeit von Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Größenordnung von 30 000 Beschäftigten vor den Toren versammelten. Auf ihren Druck hin veranlasste Ministerpräsident Duchacz die Regierung dazu, den Prozess finanziell mitzutragen.
- Im Oktober 1991 folgten Vorschläge zur Sanierung der Betriebe, die sich noch im Eigentum der Treuhandanstalt befanden (Treuhand-Industrieholding). »Sie muss das Kernstück einer vorwärts gerichteten Modernisierungsstrategie werden«, hieß es in den »Darmstädter Thesen« des IG Metall-Vorstandes. Die Bundesregierung hat diese Vorschläge nicht aufgegriffen, sondern die Politik der vorrangigen Privatisierung durchgezogen.

- Die IG Metall hat den Aufbau Ost immer als eine Aufgabe des ganzen Landes verstanden. Dazu gehört die Forderung nach solidarischer Finanzierung. »Wir wollen alte Ungerechtigkeiten bei der Verteilung des vorhandenen Volkseinkommens in Westdeutschland nicht übergehen. Wir wollen neue Ungerechtigkeiten bei der Verteilung des künftigen Vermögenszuwachses in Ostdeutschland nicht in Kauf nehmen«, schrieb der 1. Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, im Vorwort der Broschüre »Zur solidarischen Finanzierung der deutschen Einheit« im Oktober 1991. Deshalb forderte die IG Metall, die Vermögenden stärker zur Finanzierung der Einheitskosten heranzuziehen. Zugleich stellte sie ein Modell zur betriebsübergreifenden Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer vor.
- Gegen massive Entlassungen und Werksschließungen entwickelte die IG Metall unter anderem das Konzept der sogenannten ABS-Gesellschaften (Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigungssicherung und Strukturförderung). Hiermit sollten zunächst die entlassenen Unternehmen in die Pflicht genommen werden, für die Betroffenen andere Arbeitsplätze zu schaffen. Schon Mitte 1991 gab es eine Vereinbarung mit der Treuhand und den Länderregierungen, ABSen unabhängig von den abgebenden Unternehmen zu finanzieren. 1993 kam es schließlich in einer abschließenden Regelung zu ABS-Fonds. In der Folgezeit wurden aus diesen Mitteln massenhaft arbeitsmarktpolitische Projekte für die Betroffenen unterstützt (Qualifizierung, Sanierung von Altlasten, kommunale Infrastruktur etc.) Die IG Metall suchte und fand neue Wege, um Menschen vor der drohenden Gefahr der Langzeitarbeitslosigkeit zu bewahren. Es gelang, viele Menschen in Beschäftigung zu halten, sinnvolle Projekte durchzuführen, zu qualifizieren und so Voraussetzungen für einen Wiederaufschwung zu schaffen. Dies wurde durch viele Aktionen der Betroffenen vor Ort, vor den Landtagen und in Berlin unterstützt.
- Die IG Metall hat sich immer wieder mit neuen Vorschlägen für die Aufbau-Ost-Politik zu Wort gemeldet. In den einzelnen Ländern wurden industriepolitische Kampagnen entwickelt wie »Arbeit Leben Zukunft« in Mecklenburg-Vorpommern.
- 1998 legte die IG Metall das »Memorandum für die ostdeutsche Industrie« vor und forderte eine Neuausrichtung der Förderpolitik. »Die Stärke der ostdeutschen Industrie ist eine der Schlüsselfragen, an denen sich die Zukunft unseres Landes entscheidet: Entweder für mehr Gerechtigkeit oder für weitere Entsolidarisierung«, schrieb der 1. Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel. 2001 beteiligte sich die IG Metall mit dem Positionspapier »Grundsätze für das zweite Jahrzehnt im Aufbau Ost« an der Diskussion um den Solidarpakt II und forderte eine »Politik neuer Ehrlichkeit« für Ostdeutschland. 2005 folgte das »Zukunftsprogramm Ost« mit einer breiten Palette an Vorschlägen und Forderungen »für eine Aufbau-Ost-Politik der Solidarität«. Der 1. Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, unterstrich im Vorwort: »Es ist im Interesse des ganzen Landes, im Osten zu einer tragfähigen wirtschaftlichen Entwicklung zu kommen, damit die erhebliche volkswirtschaftliche Belastung durch den Aufbau Ost zurückgeführt werden kann. Zudem gilt es, Angriffe gegen das im Grundgesetz verankerte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik abzuwehren. Denn ausgleichende Regionalpolitik und solidarische Finanzverfassung sind im Interesse aller Arbeitnehmer.«

## II. Bestandsaufnahme

### ■ 20 Jahre danach: Gesellschaft

Wichtiges Merkmal der Entwicklung in Ostdeutschland ist das Nebeneinander von Erfolg und Misserfolg. Einige Beschäftigtengruppen – besonders in den boomenden Teilen der Industrie – haben Erfolg im Beruf und das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse erreicht. Der größte Teil der Beschäftigten erzielt trotz gleicher Arbeitsbedingungen und zum Teil längerer Arbeitszeiten weiterhin nur Entgelte, die je nach Branche um 20 – 30 Prozent unter der Bezahlung für vergleichbare Arbeit in Westdeutschland liegen. 2006 lagen die durchschnittlichen Nettoverdienste von Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland bei 2 025 Euro, in Ostdeutschland nur bei 1 499 Euro, also bei 75 Prozent. Darüber hinaus ist ein relevanter Teil der erwerbstätigen Bevölkerung – teils in der Industrie, stärker in den Dienstleistungsbereichen – trotz harter Arbeit auf aufstockende Leistungen nach ALG II angewiesen.

Die soziale Schieflage lässt sich besonders deutlich daran erkennen, dass gerade Familien ihren Lebensunterhalt oft nicht durch eigene Arbeit sichern können. 22 Prozent aller Beschäftigten erhalten sogenannte Armutslöhne, also unter 50 Prozent des Durchschnittseinkommens. Gemessen am bundesdeutschen Durchschnitt sind es sogar 40 Prozent. Hunderttausende sind abgewandert, viele ostdeutsche Erwerbstätige pendeln in die alten Bundesländer, in Thüringen z. B. jeder achte. Eine große Gruppe ist seit Jahren, häufig schon seit 1990, vom Arbeitsleben abgekoppelt. Diese sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen spalten die Gesellschaft tief.

Viele Menschen empfinden oder erleben so Perspektivlosigkeit und Deklassierung. Dabei ist nicht nur die eigene Arbeitslosigkeit entscheidend, sondern die Angst vor Abstieg und mangelnder Perspektive. Diese Gefühlslage gibt es in ganz Deutschland, aber im Osten ist sie stärker verbreitet.

Gewerkschaften und Betriebsräte haben es in diesem Klima besonders schwer, Gehör zu finden. Die Vertretung eigener Interessen erscheint vielen Kolleginnen und Kollegen nachrangig oder sogar falsch, wenn sie an die vielen Deklassierten im eigenen Bekanntenkreis oder der Nachbarschaft denken. Gewerkschaften haben durchaus im Osten Organisationserfolge, aber z. B. stoßen sie mitunter auch in nicht tarifgebundenen Betrieben bei schlecht bezahlten Belegschaften auf Ablehnung. Der Satz »Sozial ist, was Arbeit schafft« hat viele geprägt. Die Aussage »besser einen schlechten Job als keinen« teilen viele Menschen.

Die starke Bindung an den Betrieb, verbunden mit der Angst, nie wieder Beschäftigung zu finden, erklärt manches von der hohen Bereitschaft zu Zugeständnissen, die viele Ostdeutsche an den Tag legen. Gleichzeitig hält die überwältigende Mehrheit in Ostdeutschland am Ziel der Lohnangleichung und gleichwertiger Arbeits- und Lebensverhältnisse fest. Diesen Widerspruch zu überwinden und den Arbeitnehmern die disziplinierende Angst zu nehmen, ist eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben in Ostdeutschland.

Auffällig sind die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in Ostdeutschland. In diesem Zusammenhang wird argumentiert, dass ausgeprägte rechte Einstellungen bei den Ostdeutschen besonders verbreitet seien. Solche Deutungen treffen nicht zu. Wesentliche Merkmale rechtsextremer Grundeinstellungen – Nationalismus, Antisemitismus, Verharmlosung des NS-Faschismus – sind in den alten Bundesländern ebenso vorhanden. Diese Einstellungen sind in Ostdeutschland nicht wesentlich häufiger, werden aber offener gezeigt. Die Erfahrungen der ostdeutschen Bürger scheinen auch insgesamt eine größere Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen und Verfahren bewirkt zu haben.

Es besteht die Gefahr, dass die Wahlerfolge der Rechtsextremen nicht nur kurzfristiger Natur sind. Das Problem „Rechte in Ostdeutschland“ wird sich nicht von selbst erledigen: Die Rechtsextremen sind in nicht wenigen Gemeinden und Städten in Ostdeutschland fest verankert. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist Aufgabe aller zivilgesellschaftlichen Kräfte und staatlichen Einrichtungen. Sie ist ein politischer Auftrag und muss öffentlich gefördert werden.

Die IG Metall wird auch zukünftig den Rechtsextremismus energisch bekämpfen. Seit Jahren werden Projekte mit betrieblicher oder gesellschaftspolitischer Orientierung durchgeführt, die über Rechtsextremismus aufklären und Zivilcourage fördern. In vielen Verwaltungsstellen beteiligen sich daran insbesondere junge Kollegen und Kolleginnen zusammen mit anderen Gewerkschaften und dem DGB. Betriebsräte nutzen vielerorts die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes, um auch in den Unternehmen gegen rechtsextreme Umtriebe vorzugehen. Betriebsvereinbarungen können Hilfestellung bieten, wie die Beispiele EKO-Stahl (Eisenhüttenstadt) oder Jenoptik (Jena) zeigen. Die IG Metall ist fester Bestandteil der Zivilgesellschaft im Kampf gegen die neuen Nazis vor Ort und in den Regionen.

### ■ 20 Jahre danach: Wirtschaft

Der Aufholprozess gegenüber westdeutschen Wirtschaftsleistungen kommt seit Ende der 90er Jahre nur noch sehr langsam voran. Zeitweilig kam er zum Erliegen. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität steigt schneller als in den westdeutschen Bundesländern und wird 2010 bei 80 Prozent des westdeutschen Niveaus liegen, aber angesichts des fehlenden Wirtschaftswachstums in Deutschland kommt kein Beschäftigungsaufbau in Gang.

Die wirtschaftliche Dynamik ist regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Regionen entlang der Autobahn A4 von Dresden bis Eisenach sowie im Umland von Berlin haben sich kräftig entwickelt, und die Lebensqualität ist mit westdeutschen Standorten zumindest vergleichbar. Dagegen sind viele der ohnehin dünnbesiedelten Regionen von weiterer Abwanderung, überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und verbreiteter Hoffnungslosigkeit geprägt. Die meisten Kommunen sind finanziell zu schwach, um wirksam gegenhalten zu können.

Ein wichtiger Indikator für den deutschen Einigungsprozess ist die Einkommensangleichung. Die anfangs schnelle Einkommensangleichung stockt seit Mitte der 90er Jahre. Regionale Unterschiede der durchschnittlichen Einkommen gibt es auch innerhalb der alten Bundesrepublik, aber das Gefälle ist sehr viel flacher als zwischen Ost und West. Es gibt eine weitverbreitete Gewöhnung an Niedriglöhne, sowohl bei Arbeitgebern als auch bei Arbeitnehmern. So erhalten in Ostdeutschland – auch im verarbeitenden Gewerbe – 14 Prozent der Beschäftigten Entgelte unter 7,50 Euro (West sechs Prozent). Selbst in Boombranchen wie der Solarindustrie wird nicht mehr gezahlt. Es wird sogar mit den niedrigen Löhnen als Standortfaktor geworben.

### ■ 20 Jahre danach: Industrie

Die Industrie ist Anfang der 90er Jahre regelrecht abgestürzt. Auf die Umbruchsituation folgte die Wirtschaftskrise 1993/94, die besonders den Maschinenbau hart getroffen hat. Die Beschäftigung in der Industrie brach von ca. drei Millionen (1989) über 1,6 Millionen im Jahr 1991 auf 540 000 im Jahr 1997 ein. Viele Betriebe überlebten nur durch das ausdauernde Engagement ihrer Betriebsräte. Während sich Treuhandanstaltzuständige, Geschäftsführer und Unternehmensberater die Klinke in die Hand gaben, blieben die Betriebs-

räte in vielen Fällen die einzige Konstante und haben oft durch ihre Aktionen die industriellen Kerne für die Zukunft erhalten.

Seit 1997 ist die ostdeutsche Industrie auf niedrigem Niveau schnell gewachsen. Vor der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise stand sie zuletzt relativ gut da. Die Zukunft erscheint heute wieder ungewiss. Die Umsätze haben sich mehr als verdoppelt. Die Beschäftigung stieg um mehr als 200 000. Noch ist die industrielle Basis bei allen Wachstumserfolgen verglichen mit den alten Bundesländern schmaler: Die Industrie trug im Jahr 2008 19,6 Prozent zum ostdeutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. In den alten Bundesländern trägt die Industrie 24,5 Prozent zum deutlich höheren westdeutschen BIP bei. Allerdings blieb das Einkommensgefälle beträchtlich. Auch in der metallverarbeitenden Industrie lag das Einkommen im Jahre 2006 bei ca. 70 Prozent brutto im Vergleich zu Westdeutschland. Eindeutig anders ist die Situation in den tarifgebundenen Betrieben. Hier liegen die Entgelte bei über 90 Prozent des Westniveaus. Daran lässt sich die Wirkung gewerkschaftlicher Arbeit deutlich ablesen.

Die Achillesferse der ostdeutschen Industrie ist die insgesamt schwache Innovationsleistung. In den ostdeutschen Betrieben arbeiten weniger als halb so viele Forscher und Entwickler wie im Westen. Ihr Altersdurchschnitt ist hoch, es fehlt an Nachwuchs. Viele Betriebe sind als »verlängerte Werkbänke« oder reine Produktionsbetriebe ohne Forschung und Entwicklung konzipiert. Deren Konzept baut auf relativ geringem Lohnniveau und der kapitalbezogenen Wirtschaftsförderung auf. Damit besteht eine erhebliche Gefahr der Verlagerung in Billiglohnländer, und es werden weniger qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. Die Zahl der Unternehmen mit eigenen Forschungs- und Entwicklungs-

abteilungen ist deutlich geringer. Aber auch der Erfolg der »Leuchttürme« muss nicht von Dauer sein. Fördergelder haben hier oftmals eine höhere Bedeutung als regionales Know-how. Dazu kommt die überwiegend kleinbetriebliche Struktur der ostdeutschen Wirtschaft, die den Aufbau von Forschung und Entwicklung erschwert oder verhindert.

Die kleinbetriebliche Struktur der ostdeutschen Industrie erschwert die Wahrnehmung von strategischen Aufgaben wie den Aufbau von Forschungs- und Entwicklungspotenzialen und die nötige Qualifizierung. Dazu benötigen diese Betriebe Unterstützung. Besonders gut eignen sich dafür Netzwerkstrukturen, die an den jeweiligen Problemlagen angepasst sind und Verbindungen zu externen Einrichtungen herstellen können. Der Aufbau solcher Netzwerke bedarf öffentlicher Förderung. Die betrieblichen Interessenvertreter müssen darin vertreten sein, um ihre Akzeptanz und Wirkung sicherzustellen und die Ideen der Beschäftigten einzubeziehen.

Für die Stabilisierung der ostdeutschen industriellen Substanz ist ein Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung (public equity) erforderlich, den die IG Metall bundesweit fordert. Durch den Zusammenbruch der Finanz- und Vermögensmärkte steht zu wenig privates Beteiligungskapital (private equity) zur Verfügung, um die Krise zu überbrücken. Deshalb ist es erforderlich, ausreichend öffentliches Beteiligungskapital (public equity) bzw. Bürgschaften und Kredite bereitzustellen. Allerdings könnte die ostdeutsche Wirtschaft einen besonderen Beitrag zu einer ökologisch sinnvollen Erneuerung der industriellen Produktionsweise leisten, vor allem auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Der größte Teil der Forschung, Entwicklung und Produktion von Fotovoltaikanlagen findet bereits in den neuen Bundesländern statt. Auch Wind- und Bioenergie sind stark vertreten. In der Herstellung

und Entwicklung, aber auch in der Installation und Wartung solcher Anlagen liegen erhebliche Beschäftigungspotenziale.

Die Nutzung dieser Chancen ist in starkem Maße von einer gezielten öffentlichen Förderung abhängig, die auch mit politischen Auflagen wie Tarifbindung der Betriebe, Ausbildungsbereitschaft usw. verbunden sein müsste. Die neuen Bundesländer könnten so eine Pionierrolle für einen sozial-ökologischen Industrieumbau spielen.

### ■ 20 Jahre danach: Arbeitsmarkt, Ausbildung, Altersversorgung und demografische Entwicklung

Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt in Ostdeutschland trotz neuer Arbeitsplätze in der Industrie und den unternehmensbezogenen Dienstleistungen, trotz größter Mobilität und trotz geringerer Löhne bei 1,1 Millionen (Juni 2009). Die Quote ist seit Jahren unverändert fast doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern.

Auch verstärktes Wachstum und offensivere Anwendung von Arbeitszeitpolitik wird auf absehbare Zeit nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu beseitigen. Viele Langzeitarbeitslose haben zudem nach vielen Enttäuschungen jede Hoffnung auf einen anständig bezahlten Vollzeit-arbeitsplatz verloren oder sind wegen fehlender Mobilität oder gesundheitlicher Einschränkungen kaum vermittelbar. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist weiterhin erforderlich. Unter den 1,1 Millionen Arbeitslosen in Ostdeutschland sind 330 000 über 50 Jahre alt, davon 180 000 über 55 Jahre. Dies sind Menschen, die auf dem heutigen Arbeitsmarkt kaum noch eine Chance haben. Die Arbeitsmarktpolitik muss deutlich aktiver werden, um Angebote für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen sowie einen glücklichen Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen.

In Ostdeutschland sind die fatalen Wirkungen von ungesicherter Beschäftigung und niedriger Bezahlung durch die Hartz-Gesetze u. a. besonders deutlich spürbar, vor allem für Familien mit Kindern. Nach 2004 ist beispielsweise in Sachsen der Anteil der im Niedriglohnsektor arbeitenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auf 26,6 Prozent angestiegen und liegt damit weit über dem Niveau der alten Bundesländer. Leiharbeit und befristete Beschäftigungsverhältnisse und alle Formen prekärer Beschäftigung sind in Ostdeutschland besonders stark verbreitet und werden von Arbeitgebern vor dem Hintergrund der doppelt so hohen Arbeitslosigkeit auch gezielt als Disziplinierungsinstrument gegen die Kernbelegschaften eingesetzt.

Die geringe Kaufkraft der Arbeitslosengeld-Bezieher drückt zusätzlich auf die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland. Nur ein Viertel der arbeitslos Gemeldeten erhält Leistungen nach dem ALG I. Alle Anderen sind auf das geringe ALG II angewiesen. Eine Erhöhung des ALG II-Satzes und ein System der gesetzlichen Absicherung von Mindestentgelten sind gerade in Ostdeutschland dringend erforderlich.

Hinzu kommen dramatische demografische Veränderungen. Seit 1989 sind aus den neuen Bundesländern über zwei Millionen Menschen abgewandert. Nach wie vor verlassen Jahr für Jahr etwa 50 000 Personen Ostdeutschland. Dabei handelt es sich überproportional um junge Menschen, Frauen und qualifizierte Fachkräfte. Zugleich ist die Geburtenzahl erheblich zurückgegangen. Die Folge ist eine starke Überalterung, das Fehlen von Arbeitskräften und das Ausdünnen der Bevölkerung in bestimmten Regionen, in denen es immer schwieriger wird, die nötige Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Dadurch wird die ostdeutsche Wirtschaft zusätzlich belastet.

Dies hat auch den ostdeutschen Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren gewaltig verändert. Seit Mitte der 90er Jahre verließen im Jahr zwischen 220 000 bis 240 000 Schüler die allgemeinbildenden Schulen, während jährlich nur 80 000 – 90 000 Personen in Rente gingen. Damit war das ohnehin im Umbruch befindliche Ausbildungssystem überfordert, und selbst für die ausgebildeten Jugendlichen gab es wenig berufliche Chancen. Von den geburtenstarken Jahrgängen hat ca. ein Drittel aller Schulabgänger keinen Einstieg in eine akzeptable Erwerbstätigkeit gefunden. Man spricht daher auch von einer »verlorenen Generation«. Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf. Diese jungen Menschen müssen in einen beruflichen Alltag integriert werden, der ihnen wieder Perspektiven bietet.

Seit 2005 schlägt die demografische Situation um. Die Zahl der Schulabgänger geht rasant zurück. Sie werden sich bei weniger als der Hälfte der bisherigen Zahlen stabilisieren. Dagegen wächst die Zahl der Personen, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Damit droht heute ein einschneidender Facharbeitermangel, der die wirtschaftliche Entwicklung erheblich belasten wird. Die IG Metall hat bereits frühzeitig auf die sich anbahnende, demografisch bedingte Nachwuchslücke hingewiesen. Heute stehen die Betriebe vor den Ergebnissen ihrer eigenen Untätigkeit. Schon jetzt macht sich das Fehlen des Facharbeiternachwuchses deutlich bemerkbar. Aufgrund der geringen Schulabgängerzahlen sollten die ostdeutschen Betriebe verstärkt um Auszubildende und Studierende werben. Dazu zählen bei den Auszubildenden insbesondere tarifliche Ausbildungsvergütungen und eine unbefristete Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis. Für Studierende könnte durch Stipendienregelungen eine Bindung an die Betriebe gefördert werden. Die Zahl der Studierenden im Praxisverbund (duales Studium) ist in Ostdeutschland deutlich niedriger als in Westdeutschland. Hier sind Betriebe

und Universitäten gefordert, entsprechende Ausbildungsgänge anzubieten.

Die IG Metall unterstützt zum einen praktische Modelle bei der Rekrutierung von jungen Fachkräften, gerade auch aus dem Kreis der beruflich schlecht integrierten jungen Menschen. Zum anderen fordern wir von den Betrieben Konsequenzen bei der Entgeltpolitik. Solange ostdeutsche Betriebe deutlich niedrigere Entgelte zahlen als westdeutsche Betriebe und darüber hinaus schlechtere Arbeitsbedingungen bieten, besteht ein Anreiz zur Abwanderung nach Westdeutschland. Die Betriebe müssen in ihrem eigenen Interesse tarifliche Entgelte und Arbeitsbedingungen bieten, um Fachkräfte in Ostdeutschland zu halten bzw. zurückzuholen. Die Mitgliedschaft in tarifgebundenen Arbeitgeberverbänden und die Einhaltung von Flächentarifverträgen müssen zum Gütesiegel für Betriebe werden, um Abwanderung zu verhindern.

Ohne eine sofortige massive Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsoffensive stehen die Betriebe auch wegen verstärkter Verrentungen in den nächsten Jahren vor großen Personalproblemen. Für die Auszubildenden und Arbeitnehmer bietet dies die Chance, mit Hilfe der IG Metall tarifliche Ausbildungsvergütungen ebenso durchzusetzen wie eine weitere Angleichung der Entgelte.

Anders ist die Situation bei den ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern. Ihre Renten liegen deutlich über der allgemeinen Einkommensangleichung. Dennoch droht vielen zukünftigen ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern Altersarmut. Die Ursachen sind – neben der allgemeinen Absenkung des Rentenniveaus und der Anhebung der Altersgrenzen – die häufig langen Zeiten der Arbeitslosigkeit sowie das insgesamt niedrigere Lohnniveau. Zudem sind Betriebsrenten in

Ostdeutschland kaum verbreitet. Wir wollen auch in Ostdeutschland Renten, die die Altersarmut vermeiden und den Lebensstandard sichern. Auch wenn es keine einfachen Lösungen gibt, hält die IG Metall an der Gleichstellung der Renten fest. Dies wäre durch die Umsetzung der Vorschläge der IG Metall für einen Neuen Generationenvertrag gewährleistet.

### ■ 20 Jahre danach: Wirtschaftsförderung

Die bisherige Wirtschaftsförderung der Unternehmen hat Ansiedlungen und Wachstum der Betriebe vorangebracht. Ihre Schwerpunkte entsprechen aber nicht mehr dem erreichten Stand der Betriebe und Branchen. Förderung von Investitionen ist angesichts des wirtschaftlichen Gefälles auch in Zukunft unverzichtbar, sie kann aber effektiver gestaltet werden.

Die IG Metall hat bereits 2005 gefordert, das finanziell bedeutendste Förderinstrument in den neuen Bundesländern, die Investitionszulage, nicht weiter zu verlängern, sondern stattdessen gezielter zu fördern. Ziele wären Stärkung von Clusterstrukturen, Netzwerken und Innovationskraft. Diese Position bleibt richtig. Der Rechtsanspruch auf Investitionszulage führt zu unnötigen Mitnahmeeffekten. Viele Unternehmer haben sich zu sehr an die pauschale Förderung gewöhnt und vernachlässigen die Zukunftsaufgaben Innovation und Qualifizierung. Dieser Haltung muss durch inhaltliche Förderziele und Auflagen begegnet werden.

Personalentwicklung, Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung sind weitere Schlüsselfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung. Investitionshilfen müssen verbindlicher als bisher an die Schaffung von Arbeitsplätzen und an Qualifizierungsprogramme geknüpft werden. Wirtschaftsförderung für Unternehmen muss zurückgefordert werden, wenn angekündigte Investitionen oder Arbeitsplätze ausbleiben oder Produktionsverlagerungen ins Ausland erfolgen.

Eine effektive und zielgenauere Wirtschaftsförderung ist möglich, wenn das Wissen der Betriebsräte genutzt wird. Direkte Finanzhilfen und Bürgschaften an Betriebe sollten obligatorisch an eine Stellungnahme der Arbeitnehmerseite gebunden werden. Betriebsrat und zuständige Gewerkschaft äußern sich darin über die Einhaltung des arbeits- und tarifrechtlichen Rahmens und über die Beschäftigungsrelevanz der beantragten Förderung.

### ■ 20 Jahre danach: Finanzierung

Die IG Metall tritt für eine solidarische Finanzierung der öffentlichen Aufgaben ein. Dies gilt auch für den regionalen Ausgleich. Dafür müssen hohe Einkommen und Vermögen stärker zur Steuerleistung herangezogen werden. Ohne solidarisch finanzierte öffentliche Haushalte werden schwächere Regionen dem wirtschaftlichen Strukturwandel kraftlos ausgeliefert. Deshalb bleiben die finanziellen Anstrengungen auch für den Aufbau Ost richtig. Aber auch im früheren Zonenrandgebiet, in Norddeutschland, im Ruhrgebiet und in anderen Regionen über ganz Deutschland verstreut liegen strukturschwache Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit, die auf die Solidarität des Bundes und der starken Länder angewiesen sind. Die solidarische, kooperative Finanzverfassung zu verteidigen, ist im Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Haushalte der ostdeutschen Bundesländer werden in den nächsten Jahren unter mehrfachen Druck geraten: Die EU-Mittel und die Zahlungen aus dem Solidaripakt II werden – unabhängig vom Stand der wirtschaftlichen Entwicklung – zurückgehen. Der Länderfinanzausgleich wird dies nicht auffangen. Und die Schuldenbremse trifft alle finanzschwächeren Länder ganz besonders. Als Folge werden die öffentlichen Investitionen in Ostdeutschland zurückgehen. Heute ausbleibende Investitionen in Straßen

oder Schulen gehen aber zu Lasten künftiger Generationen und Wachstumspotenziale.

Schließlich: Der Anteil der Sozialleistungen an den Gesamteinkommen ist in vielen Regionen Ostdeutschlands viel höher als im Westen. So liegt der Anteil der Renten am verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland bei 21 Prozent, im Westen bei 14 Prozent. Der Anteil des Arbeitslosengeldes bei sieben Prozent gegenüber drei Prozent im Westen.

Sollte der Staat wegen der Finanzkrise und der Verschuldung zu Kürzungen im Sozialbereich greifen, würde dies die ostdeutschen Länder noch einmal ungleich stärker treffen als den Westen. Die IG Metall fordert eine finanzpolitische Umkehr. Die verfassungsrechtlich ohnehin zweifelhafte Schuldenbremse sollte aufgehoben werden. Die strukturpolitischen Aufgaben müssen solidarisch finanziert werden und alle ostdeutschen Bundesländer und Kommunen handlungsfähig bleiben.

### ■ 20 Jahre danach: Tarifpolitik und Arbeitsbeziehungen

Die IG Metall strebt gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands an. Sie nimmt den grundgesetzlichen Auftrag ernst. Flächentarifverträge bilden eine verlässliche Grundlage zur Schaffung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland. Sie sind das Instrument für Mindeststandards und gegen Lohndumping. Dass diese Grundsätze auch für die neuen Bundesländer gelten sollten, stand für IG Metall und Arbeitgeberverbände im Jahr 1990 außer Frage. Der im Jahr 1991 abgeschlossene Stufentarifvertrag zur Angleichung der Löhne und Gehälter bis 1994 war das Ergebnis dieser gemeinsamen tarifpolitischen Verantwortung.

Die Arbeitgeber haben den Konsens frühzeitig verlassen und den Stufentarifvertrag 1993 gekündigt. Diesen Angriff konnte die IG Metall durch einen Streik abwehren.

Viele Arbeitgeber organisierten sich allerdings gar nicht erst in Arbeitgeberverbänden. Das galt vor allem für die zahlreichen Neugründungen. In den folgenden Jahren des industriellen Niedergangs, der Arbeitslosenquoten um 20 Prozent und der Herausbildung der kleinbetrieblich geprägten Struktur, sank die Organisationskraft der IG Metall. Parallel entwickelten die organisierten Arbeitgeber neue Strategien, die bis heute Einfluss auf die ostdeutsche Tariflandschaft nehmen. In Sachsen kündigte ein großer Teil dieser Arbeitgeber seine Mitgliedschaft im Verband und damit die Bindung an den Flächentarif und ging in einen neuen Verband ohne Tarifbindung. Damit gibt es keinen relevanten Arbeitgeberverband mehr. Die Arbeitgeber wollen aus der Verantwortung für die Tarifautonomie flüchten und durch Verträge mit Organisationen ohne wirkliche Mitgliederbasis in den Betrieben und ohne Durchsetzungskraft die gewerkschaftliche Interessenvertretung spalten. Sie entziehen sich damit bewusst ihren gesellschaftspolitischen Verpflichtungen und ihrer Verantwortung als Sozialpartner.

Höhepunkt dieser negativen Entwicklung war die Auseinandersetzung um die Angleichung der Wochenarbeitszeiten im Jahr 2003. Der Arbeitskampf im Tarifgebiet Sachsen im Jahr 2003 zur Einführung der 35-Stunden-Woche konnte nicht erfolgreich beendet werden. Bis heute gilt mit der 38-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metallindustrie eine um drei Stunden längere Arbeitszeit als im Westen. Dagegen konnte in der ostdeutschen Stahlindustrie die 35-Stunden-Woche durchgesetzt werden. Sie trat am 1. Oktober 2009 in Kraft.

Auch die in Westdeutschland gewachsene demokratische Mitbestimmungskultur wurde und wird in Ostdeutschland zum Teil in Frage gestellt, zum Teil massiv bekämpft. In vielen Betrieben werden Betriebsratsgründungen behindert oder verhindert. Beschäftigte werden mit unwahren Behauptungen gegen Gewerkschaften oder Betriebsratswahlen in Stellung gebracht bis hin zu körperlichen Angriffen auf aktive Gewerkschafter. Gerade in Betrieben der erneuerbaren Energien werden sogenannte Mitarbeitervertretungen installiert – mit geringeren Rechten als Betriebsräte. Die massive Einschüchterung erschwert die Bildung von Betriebsräten.

Die IG Metall verteidigt ausdrücklich die verfassungsgemäßen Rechte von Beschäftigten auf die freie Wahl von Betriebsräten und auf den freien Zugang von Gewerkschaften zu den Betrieben. Sie tritt zugleich weiterhin für starke Flächentarifverträge in den neuen Bundesländern und eine Annäherung an das Westniveau ein. Damit führen wir eine auch industriepolitisch zentrale Auseinandersetzung. Die Weigerung vieler Unternehmen, Tarifverträge abzuschließen oder ihr Austritt aus den Verbänden bringt ihnen allenfalls kurzfristige Vorteile. Ein Kostenunterbietungswettbewerb ist von niemandem zu gewinnen. Die allgemeine »Billig-Philosophie« höhlt die Leistungsfähigkeit der Betriebe aus, sie geht zu Lasten der Arbeitsbedingungen wie der Produktqualität, mittelfristig zu Lasten der Innovationsfähigkeit. Wer sich als Billiganbieter profiliert, gibt die ertragsstärkeren und zukunftsentscheidenden Märkte auf. Er wird auch auf Dauer als Arbeitgeber unattraktiv und wird die aktiven und leistungsfähigen Beschäftigten an tariflich zahlende Arbeitgeber in West oder Ost verlieren.

Angesichts der demografischen Probleme und daraus resultierender Fachkräfte- und Nachwuchsknappheit lässt sich der aktuelle Abstand zwischen den Entgelten und Arbeitszeiten

zwischen West und Ost nicht dauerhaft aufrecht erhalten. Gerade gut ausgebildete Beschäftigte und Schulabgänger werden sich auf Dauer nicht mit den heutigen Entgeltunterschieden abspeisen lassen. Aus diesem Grund entdeckt inzwischen eine wachsende Zahl von Arbeitgebern wieder den Wert verlässlicher Tarifbeziehungen. Das bietet eine große Chance zur Stärkung der Tarifverträge. Die Tarifbindung der Unternehmen in Ostdeutschland wird allerdings im Durchschnitt wohl noch über Jahre hinweg geringer als in den alten Bundesländern sein. Aber der Tiefpunkt der Entwicklung scheint überschritten. Die IG Metall wird deshalb wo irgend möglich im Zusammenwirken mit aktiven Belegschaften die Tarifbindung für zusätzliche Betriebe durchsetzen.

Die Regelung qualitativer Inhalte ist ein weiterer Weg, um die Tarifbindung zu stärken. Denn die IG Metall regelt mit den Tarifpartnern nicht nur Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten. Sie regelt auch Bereiche der Ausbildung (wie in Mecklenburg-Vorpommern), der Beschäftigungssicherung und Qualifizierung, der Alterssicherung (Metall-Rente), bis hin zur Absicherung wachstumsorientierter regionaler Unternehmenskooperation (Tarifvertrag zur Arbeitnehmerüberlassung in Chemnitz) bzw. Unternehmenssicherung (Thüringen).

### III. Blick nach vorn

## **Politik, Gesellschaft und wir selbst können aus der „Wende“ von 1989 und der Entwicklung seitdem lernen.**

- Der Kampf für ein »Gutes Leben« muss täglich geführt werden. Wer stehen bleibt, fällt zurück in der Auseinandersetzung mit den Gegnern der Demokratie und ausbeuterischen Unternehmern. Wir müssen unsere Organisation stärken.
  - Mitbestimmungsrechte sind Aktivposten, keine Bremsklötze. Wer die demokratische Bewegung von 1989 feiert, sollte über Demokratie im Alltag und im Betrieb nicht schweigen. Betriebsräte und Arbeitnehmer wissen gerade in der Krise am besten, was für ihren Betrieb zu tun ist. Sie müssen gestärkt und nicht geschwächt werden.
  - Deutschland braucht eine starke Industrie. Die industrielle Arbeit ist die wichtigste wirtschaftliche Basis, die wir haben. Der Aufbau Ost ist erst mit dem Wiedererstarken der Industrie in Tritt gekommen. Die industrielle Substanz in Deutschland muss erhalten bleiben, damit Beschäftigung, Einkommen und »Gutes Leben« möglich sind.
  - Privatisierung und unregelte Märkte sind kein Allheilmittel und kein Naturgesetz. Die Entstaatlichungs-Ideologie von Treuhandanstalt und Kohl-Regierung darf sich in der jetzigen Krise nicht wiederholen. Öffentliches Eigentum auch an Industriebetrieben muss möglich sein.
  - Außerordentliche Herausforderungen müssen gerecht finanziert werden. Es ist ökonomisch sinnvoller und gerechter, dafür die hohen Einkommen und Vermögen heranzuziehen, als die laufenden Masseneinkommen noch stärker zu belasten.
- Die ehemalige DDR ist zu einem Gebiet geworden, in dem sich ein sozial wenig gebändigter Kapitalismus durchgesetzt hat. Dies muss auch Konsequenzen für Westdeutschland haben. Spätestens mit dem Ausbruch der Finanzkrise sind solche Wirtschaftsformen auf breiter Front in die Kritik geraten. Es kommt jetzt darauf an, bei der Krisenbekämpfung auch für die neuen Bundesländer die Weichen richtig zu stellen.
- Für die weitere Entwicklung in den neuen Ländern sind folgende Projekte/Ziele für die IG Metall wichtig:
1. Die Angleichung der Lebensverhältnisse bleibt für uns zentrale Perspektive. Dies kann dauerhaft nicht allein über staatliche Transfers geschehen. Deshalb gilt es, an der weiteren Angleichung der Entgelte und Arbeitszeiten festzuhalten. Regionale Unterschiede, wie sie bereits seit längerer Zeit, z. B. zwischen Nord- und Süddeutschland bestehen, werden sich nicht völlig vermeiden lassen. Dies ändert nichts an dem Ziel, sie möglichst gering zu halten.
  2. Die fünf neuen Länder haben keine Zukunftsperspektive als Regionen minderen Rechts und niedrigster Löhne für die dort lebenden Menschen. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Verständigung darüber, dass angemessen bezahlte, gute Arbeit und Wertschätzung sowie Mitbestimmung am Arbeitsplatz die einzig lohnende Perspektive für die Wirtschaft in den neuen Ländern darstellt. Dies muss sich sowohl in der Entgeltpolitik der Betriebe wie in der Wirtschaftsförderung niederschlagen. Die IG Metall fordert deshalb, öffentliche Förderung

nur an Betriebe zu vergeben, die die Bildung von Betriebsräten und deren Tätigkeit sowie Gewerkschaftsaktivitäten nicht behindern.

3. Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist eine öffentliche Aufgabe, die finanziell solidarisch unterstützt werden muss. Eine Förderung der ostdeutschen Wirtschaft ist nach wie vor nötig. Die IG Metall setzt sich allerdings dafür ein, dass anstelle der pauschalen Investitionszulage eine gezielte Förderung tritt. Dadurch sollen unproduktive Mitnahmeeffekte vermieden werden und innovative Kerne gestärkt, Netzwerke ausgebaut und Maßnahmen gefördert werden, die langfristig Arbeitsplätze schaffen. Finanzhilfen und Bürgschaften an Betriebe sollten an eine Stellungnahme der Arbeitnehmerseite gebunden werden. Eine mögliche Kreditverknappung muss durch öffentliche Finanzierungsprogramme ausgeglichen werden.
4. Die Industrie hat sich in den letzten Jahren zu dem Wachstumsfaktor in Ostdeutschland entwickelt. Sie hat entgegen dem immer noch verbreiteten Bild von der Entindustrialisierung heute in einzelnen Regionen durchaus wieder eine Bedeutung wie in westdeutschen Regionen. Diese Stärke muss auch in der Krise bewahrt werden. Hierfür ist auch das Instrument der öffentlichen Beteiligung in Form eines Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung (public equity) einzusetzen.
5. Für die weitere Entwicklung der ostdeutschen Industrie ist die Stärkung ihrer Innovationskraft von zentraler Bedeutung. Wir fordern die größeren Unternehmen auf, die »verlängerten Werkbänke« um Forschung und Entwicklung anzureichern. Gleichzeitig haben diese »Leuchttürme« sowie die Hochschulen und die unabhängigen

Forschungsinstitute die Aufgabe, die kleineren Betriebe in Innovationsnetzwerken einzubinden.

6. Das Fehlen von Nachwuchskräften ist eines der größten Probleme für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern. Es kann nur gestoppt werden, wenn die Entwicklungsperspektiven für junge Menschen – gerade auch für junge Frauen, die besonders zahlreich abwandern – in Ost- wie Westdeutschland sich weiter annähern. Hierzu müssen aus den Betrieben die notwendigen Signale bei Ausbildungsvergütung, Einstiegsentgelten und Berufsperspektiven kommen. Wir fordern auch, Wege wie das duale Studium und Stipendien wesentlich stärker auszubauen. Der Fachkräftemangel bietet aber auch Chancen, zu mehr und besseren Tarifregelungen zu gelangen.
7. In den neuen Bundesländern ist eine offensive Arbeitsmarktpolitik notwendig. Die großen Unterschiede bei der Abhängigkeit von Sozialleistungen (insbesondere ALG II) zwischen Ost und West dürfen nicht hingenommen werden. Diejenigen, die heute oft schon jahrelang Hartz IV-Leistungen beziehen, dürfen nicht abgeschrieben werden. Wir brauchen eine flächendeckende Struktur von Aktivitäten zur Reintegration dieser Menschen in Erwerbsleben und Gesellschaft. Auch die Betriebe müssen diese Anstrengungen mittragen. Das ALG II selbst muss verbessert werden.

Dazu gehören Qualifikationsmaßnahmen, aber auch öffentlich geförderte Arbeitsplätze oder Arbeitseinstiege. Dringend gebraucht werden Modelle für die sogenannte »verlorene Generation«, also diejenigen jungen Arbeitnehmer/-innen, die seit Mitte der 90er kaum Fuß fassen konnten, oft sogar mit Fachausbildung nicht.

# Jahre

- Nötig sind dafür längerfristige Projekte, weil es hierbei auch um psychische und soziale Stabilisierung geht.
8. Es müssen auch Perspektiven geschaffen werden für ältere Arbeitnehmer, die keine reale Chance auf Berufstätigkeit mehr haben. Die IG Metall schlägt vor, das in Sachsen-Anhalt erfolgreich erprobte Programm »Aktiv zur Rente« auf alle neuen Bundesländer auszuweiten. Das Programm ermöglichte es bis 2005, über 55-jährigen Langzeitarbeitslosen durch Lohnkostenzuschüsse eine sozialversicherungspflichtige fünfjährige vollwertige Beschäftigung in gesellschaftlich sinnvollen sozialen Bereichen zu verschaffen. Durch die gebrochenen Erwerbsbiographien droht langfristig eine dramatische Altersarmut der Rentner. Der von der IG Metall geforderte neue Generationenvertrag mit einer zunächst auf fünf Jahre befristete Beschäftigungsbrücke ist in den neuen Bundesländern besonders dringlich. Er bedeutet für die Älteren einen sozialverträglichen Weg in den Ruhestand und für die Jüngeren bessere Beschäftigungschancen.
  9. In den neuen Bundesländern gibt es erhebliche Potenziale für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft, insbesondere für eine Wende in der Energiepolitik. Manche Landkreise produzieren ihre elektrische Energie bereits heute überwiegend aus alternativen Quellen. Die Produktion, Installation, Wartung und Weiterentwicklung alternativer Energieträger ist ausbaufähig und könnte ein erheblicher Beschäftigungsfaktor sein. Die nötige öffentliche Förderung müsste allerdings an klare Vorgaben – wie das Vorhandensein von Tarifbindung und Betriebsräten – gebunden sein. Unter diesen Umständen könnte die Wirtschaft in den neuen Bundesländern sogar ein Stück Vorbildcharakter für den Westen erhalten.
  10. In der Tradition der friedlichen Revolution von 1989 muss die demokratische Kultur in den neuen Bundesländern gestärkt werden. Rechtsextreme Parteien und Organisationen werden von uns entschieden bekämpft. Die Herstellung stabiler Tarifstrukturen, der Aufbau von Betriebsräten in möglichst vielen Betrieben und die Durchführung von Betriebsratswahlen unter breiter Beteiligung der Beschäftigten ist eine wesentliche Initiative der Gewerkschaften zur Stärkung der Demokratie in den neuen Bundesländern. Deshalb werden wir in mehr Betrieben Betriebsratswahlen durchführen und dadurch einen besonderen Beitrag zur Ausweitung von demokratischen Beteiligungsstrukturen leisten.

# Forschungsergebnisse der **Otto Brenner Stiftung** zu Ostdeutschland

## **OBS-Arbeitshefte**

Frankfurt/Main, November 2009

Bestellungen unter [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

### **Die deutsche Einheit zwischen Lust und Frust – Ergebnisse der »Sächsischen Längsschnittstudie«**

Peter Förster, Yve Stöbel-Richter, Hendrik Berth, Elmar Brähler  
Arbeitsheft 60, Juli 2009

### **Die Elektroindustrie in Ostdeutschland – Entwicklung 1995-2006 und Ansatzpunkte einer arbeitsorientierten Branchenstrategie**

Jörg Hennersdorf, Gregor Holst, Walter Krippendorf  
Arbeitsheft 58, April 2009

### **Solarindustrie als neues Feld industrieller Qualitätsproduktion – das Beispiel Photovoltaik**

Ursula Richter, Georg Holst und Walter Krippendorf  
Arbeitsheft 56, September 2008

### **Die Holz- und Möbelindustrie in Ostdeutschland – Entwicklung 1995-2006 und Ansatzpunkte einer arbeitsorientierten Branchenstrategie**

Walter Krippendorf, Christoph Scheuplein unter Mitarbeit von Gregor Holst  
Arbeitsheft 53, April 2008

### **Wie spezifisch sind die Entwicklungen in Ostdeutschland? Angleichung der industriellen Modernisierungsprozesse in Ost- und Westdeutschland**

Anja Jakszentis und Ulrich Hilpert  
Arbeitsheft 52, Dezember 2007

### **Perspektiven der ostdeutschen Textilindustrie – Grundrisse einer arbeitsorientierten Branchenstrategie**

Ursula Richter  
Arbeitsheft 50, Oktober 2007

### **Im Windschatten beschleunigt: Die Automobilindustrie in Ostdeutschland 1995-2006 – Ansatzpunkte einer arbeitsorientierten Branchenstrategie**

Christoph Scheuplein, Ulrich Jürgens, Heinz-Rudolf Meißner und Andreas Hüner  
Arbeitsheft 49, September 2007

### **Der Maschinenbau in Ostdeutschland – Ansatzpunkte einer arbeitsorientierten Branchenstrategie**

Michael Berka, Jörg Hennersdorf, Gregor Holst, Walter Krippendorf, Ursula Richter  
Arbeitsheft 47, März 2007

### **Entschuldungsinitiative Ost? – Eine Bewertung der Finanzpolitik in Ostdeutschland**

Dr. Dieter Vesper  
Arbeitsheft 46, November 2006

### **Die Struktur der Bahnindustrie in Ostdeutschland – Ansatzpunkte einer arbeitsorientierten Branchenstrategie**

Michael Berka, Jörg Hennersdorf, Gregor Holst, Walter Krippendorf, Ursula Richter  
Arbeitsheft 45, November 2006

### **Erfolgreiche Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands – Ansätze für eine wirtschaftspolitische Gestaltungsperspektive**

Michael Behr, Thomas Engel, Andreas Hinz, Rudi Schmidt  
Arbeitsheft 44, Juli 2005

### **Aufbau Ost und die Rolle der Förderpolitik**

Dr. Astrid Ziegler  
Arbeitsheft 43, Juli 2005

**Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich – Differenzierungen in den neuen Bundesländern und Angleichungen an die alten Länder**

Anja Jakszentis, Prof. Dr. Ulrich Hilpert  
Arbeitsheft 42, Juli 2005

**Gesamtwirtschaftliche Aspekte des Aufbau Ost**

Thomas Krause  
Arbeitsheft 41, Juli 2005

**Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Personal- und Qualifizierungspolitik angesichts von Abwanderung und Überalterung am Beispiel der Werftindustrie in Vorpommern**

Dr. Rainer Benthin, Ralf Hamm  
Arbeitsheft 40, Mai 2005

**Auswirkungen der Brennstoffzellentechnologie auf die KFZ-Zuliefererindustrie in der Automobilregion Südwestsachsen**

Ursula Richter, Lutz Reichelt  
Arbeitsheft 39, Oktober 2004

**Arbeitslosigkeit und Gesundheit – Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie, 17. Welle 2003**

Prof. Dr. Peter Förster, Dr. Hendrik Berth,  
Prof. Dr. Elmar Brähler  
Arbeitsheft 37, Juni 2004

**Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen als Chance für die Region Berlin-Brandenburg – Perspektiven eines regionalen Kompetenzzentrums für Ost-West-Kooperation im Rahmen der EU-Osterweiterung**

Prof. Dr. Stefan Krätke, Renate Borst  
Arbeitsheft 36, März 2004

**Sozialbeziehungen in der gewerblichen Metallwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns als Teil der Ostseeregion – von der Industrialisierung bis zur Gegenwart**

Dr. Friedrich Stamp  
Arbeitsheft 35, November 2003

**Arbeitsmarktpolitische Reformen im Kontext der Vorschläge der Hartz-Kommission – Chancen und Risiken für den ostdeutschen Arbeitsmarkt**

Dr. Alexandra Wagner, Dr. Karsten Schuldt  
Arbeitsheft 34, Oktober 2003

**Genossenschaftliche Entwicklungsstrategien zur Schaffung und Sicherung neuer Arbeitsplätze in Stadtteilgenossenschaften und Beschäftigungsinitiativen unter besonderer Berücksichtigung von Beispielen aus Berlin, Brandenburg und Sachsen**

Michael Sobanski, Berliner Service-Genossenschaft eG  
Arbeitsheft 33, Juli 2003

**Analyse veränderter Tätigkeitsinhalte, Arbeits- und Lebensbedingungen in der sächsischen Textilindustrie**

Alrun Fischer, IMU Institut Berlin/Dresden  
Arbeitsheft Nr. 32, März 2003

**Zwangsarbeit in der Berliner Metallindustrie 1939 bis 1945 – eine Firmenübersicht**

Tanja von Fransecky  
Arbeitsheft Nr. 31, März 2003

**Diesseits und jenseits des Tarifvertrages – Die Gestaltung der Lohn- und Leistungsbedingungen in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie**

Robert Hinke, Silke Röbenack, Rudi Schmidt  
Arbeitsheft Nr. 30, September 2002

**Quantitative Grundlage für eine »Evaluation« der Sanierungs- und Konsolidierungspolitik in Ostdeutschland – Ziele, Arbeitsergebnisse und Erfahrungen**

Dr. Elke Hochmuth in Zusammenarbeit mit Dipl.-Sozialwirtin Anja Kolle  
Arbeitsheft Nr. 29, September 2002

**Herausforderungen für den Flächentarifvertrag in Ostdeutschland – Entwicklungen in der Tarifpolitik am Beispiel der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen**

Dr. Burkard Ruppert, Thomas Koch  
Arbeitsheft Nr. 28, Juni 2002

**Leipziger Beratungsstelle für Opfer rechtsextremistischer Gewalt – Ziele, Arbeitsergebnisse und Erfahrungen**

Dr. Roland Bieber unter Mitarbeit von Diana Eichhorn und Brigitte Moritz  
Arbeitsheft Nr. 27, Juli 2002

**Qualifikationsbedarfe und berufliche Weiterbildung in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen-Anhalt**

Branchendialog Metall- und Elektroindustrie in Sachsen-Anhalt  
Wilfried Kurtzke, Uwe Neumann  
Arbeitsheft Nr. 26, Mai 2002

**Zwangsarbeit in der Metallindustrie 1939 bis 1945 – Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern**

Eine Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung  
Dr. Friedrich Stamp  
Arbeitsheft Nr. 24, November 2001

**Terror unterm Hakenkreuz – Orte des Erinnerns in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt**

Reinhard Jakobs M. A.  
Arbeitsheft Nr. 20, März 2001

**Standorte, Unternehmenskompetenz und Netzwerkbildung – Bedingungen unterschiedlicher betrieblicher Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung und ihre regionalen Auswirkungen**

Prof. Dr. Ulrich Hilpert  
Arbeitsheft Nr. 19, August 2001

**Einflussfaktoren auf die Akzeptanz flächentarifvertraglicher Regelungsstandards und Austauschmuster in Ostdeutschland**

Rainer Weinert  
Arbeitsheft Nr. 6, 1999

**Metallspezifische Fachkräftelücken auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt**

Dieter Behrendt, Uwe Neumann  
Arbeitsheft Nr. 4, April 1999

Diese und weitere Publikationen der OBS finden Sie unter [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

Otto Brenner Stiftung  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79  
D-60329 Frankfurt/Main

